



universität
wien

SOZIALE INKLUSION IN WIEN

Eine Evaluierung der Inklusionsbestrebungen der
Stadt Wien anhand der Smart-City-
Rahmenstrategie 2014

Proseminararbeit

070220-1 BA-Proseminar - Umwelt- und Agrargeschichte aus globalgeschichtlicher Sicht
Sommersemester 2021

Felix Palme
11833319

Inhalt

Einleitende Worte	2
Konkrete Forschungsfrage.....	2
1. Begriffsbestimmungen	3
Smart-City - Begriff	3
Soziale Inklusion	4
2. Konzept der Stadt Wien	5
Smartes Wien	5
3. Soziale Inklusion	7
Ziele der Stadt Wien	7
4. Partizipation	8
Ziele der Stadt Wien	8
Partizipation im Kontext von sozialer Inklusion	8
Digitalisierte Partizipation	9
Bestehende Partizipationsmöglichkeiten.....	10
5. Mobilität und Verkehr	12
Ziele der Stadt Wien	12
Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln.....	12
Maßnahmen für Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen.....	14
6. Digitalisierung	16
Ziele der Stadt Wien	16
Digitalisierung im Kontext von sozialer Inklusion.....	16
Beispiele für digitale Inklusion	17
Probleme der Digitalisierung.....	18
7. Wohnen	19
Ziele der Stadt Wien	19
Analyse der Wohnsituation	19
Sozialer Wohnbau	21
Einfluss der Energiewende?	22
8. Fazit	24
Ausblick	24
Literaturliste:	26

Einleitende Worte

Bei der Lektüre ihres Readers zur Ökologiegeschichte hat sich der Begriff der Konkreten Utopie im Sinne der Smart-City-Konzipierungen moderner Städte in mein Gedächtnis eingebrannt. Ein so inflationär verwendeter Begriff wie jener der Smart-City, mit all seinen verheißungsvollen Versprechungen, erscheint auf den ersten Blick als vielversprechende Zukunftsvision, die unsere Lebensqualität und –Bedingungen automatisch verbessert. Das Konzept der Smart-City muss allerdings nicht zwangsweise positive und sozial gerechte Veränderungen und Verbesserungen bedeuten.

Auf einen Teilaspekt der gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieses Stadtentwicklungskonzepts möchte ich im Zuge meiner Arbeit mein Augenmerk legen: Sozioökonomische Chancengleichheit und -Gerechtigkeit. Evaluieren möchte ich die Auswirkungen von Maßnahmen zur Smart-City-Transformationen von Städten an einem konkreten, regionalen Beispiel: Wien. Aufbauend auf der 2014 erstellten und 2019 überarbeiteten Rahmenbedingungskonzeption der Smart-City-Entwicklung der Stadt Wien möchte ich beleuchten, inwieweit der angestoßen, städtischer Transformationsprozess soziale Inklusion und Chancengleichheit fördert.

Konkrete Forschungsfrage

In welchem Ausmaß fördert das Smart City-Konzept der Stadt Wien aus dem Jahre 2014 soziale Inklusion?

Um meinen Untersuchungsgegenstand adäquat in meine Forschungsfrage zu gießen, werde ich im weiteren Verlauf, die darin vorkommenden Begrifflichkeiten näher erläutern. Die Grundlage für alle Evaluierungen bildet das Rahmenbedingungskonzept der Stadt Wien zu Smart-City-Transformation der österreichischen Bundeshauptstadt. Der Punkt soziale Inklusion findet sich sogar wörtlich im Maßnahmenkatalog der Stadt Wien wieder und wird als eines der essenziellen Ziele ausgeschrieben. Inwieweit diese Zielsetzung mit den entsprechenden Maßnahmen in Einklang gebracht werden kann, werde ich in weiterer Folge untersuchen.

In meiner Arbeit werde ich meinen Fokus auf die Bereiche Partizipation, Digitalisierung, Mobilität und Wohnen legen, da diese Aspekte meiner Meinung nach den größten Einfluss auf soziale Inklusionsbestrebungen haben können. Zweifelsfrei existiert eine Vielzahl an anderen relevanten Aspekten, wie etwa Bildung oder Arbeit, die Behandlung dieser Bereiche würde allerdings den Rahmen meiner Arbeit sprengen.

1. Begriffsbestimmungen

Vorweg erscheint es mir notwendig die zentralen Begrifflichkeiten meiner Arbeit zu definieren und deren Bedeutung in Bezug auf das untersuchte Themenfeld einzugrenzen.

Smart-City - Begriff

Smart-City beschreibt ein stadtplanerisches Konzept, das sich die optimale Planung effizienter Versorgungssysteme und Organisation städtischer Raumeinheit mithilfe neuer digitaler Technologien zum Ziel setzt. Die Stadtplanung erwarten sich von Smart-Cities nicht nur die Erleichterung von Ver- und Entsorgungslogistik, sondern zusätzlich die Lösung von akuten Infrastrukturproblemen, transparente Verwaltung und Steuerung, gerechte und bedarfsorientierte Grundversorgung, soziale Nachhaltigkeit und einen effizienten Umgang mit Ressourcen im Städtebau. Die Lösungsansätze stützen sich dabei auf neue, digitale Technologien, die von Städten gesammelten Daten und Mobilitäts- und Energiegewinnungstransformationen.¹

Die Anzahl an Städten im 21. Jahrhundert die sich intelligente Urbanisierung als höchstes Innovationsziel setzen, nimmt rapide zu. Ausgangspunkt dieser stadtplanerischen Ideologie sind die wachsenden technologischen Möglichkeiten und nicht die Nachfrage oder Bedürfnisse der Stadtbewohner:innen.² Dementsprechend wird der Außendarstellung dabei eine große Rolle zu Teil, zumal intelligente Technologien oftmals als universelle und unpolitische Fortschrittsmotoren dargestellt werden, die zur Lösung der unzähligen Herausforderungen zeitgenössischer Ballungsräume beitragen sollen.³ Der unpolitische Faktor smarter Stadtentwicklungskonzepte scheint allerdings brüchig, insofern viele intelligente Städte Governance-Aufgaben optimieren wollen. Dabei handelt es sich um Steuerungsmaßnahmen die durch die Kooperation privater und öffentlicher Akteure zur Weiterentwicklung einer Region beitragen sollen. Unabhängig davon, wem solche Steuerungsaufgaben zugeteilt werden, geht damit eine gewisse Machtkonzentration und gleichsam politische Bedeutsamkeit privater oder öffentlicher Akteure einher.⁴ Besonders am von mir untersuchten Beispiel, der Stadt Wien,

¹ Cordula Kropp, Intelligente Städte. Rationalität, Einfluss und Legitimation von Algorithmen. In: Sybille Bauriedl, Anke Strüver (Hg.), *Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten* (Bielefeld 2018) 33f.

² Sybille Bauriedl, Anke Strüver, Raumproduktion in der digitalisierten Stadt. In: Sybille Bauriedl, Anke Strüver (Hg.), *Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten* (Bielefeld 2018) 18.

³ Andrew Karvonen, Federico Cugurullo, Federico Caprotti (Hg.), *Inside Smart Cities. Politics and Urban Innovation* (Oxon/New York 2019) 3.

⁴ Zaheer Allam, Peter Newman, *Redefining the Smart City. Culture, Metabolism and Governance* (Perth 2018) 6.

lässt sich eine starke politische Einmischung der Stadtregierung auf den vielfältigen Governance-Ebenen beobachten.⁵

Den Aspekt der Governance möchte ich zwar der Vollständigkeit halber erwähnt haben, meine Arbeit wird sich in weiterer Folge jedoch auf die sozialen Infrastrukturmaßnahmen intelligenter Städte konzentrieren.

Soziale Inklusion

„Bei Inklusion geht es um die Veränderung der Zugangs- und Teilnahmestrukturen, die Voraussetzungen vonseiten der Gesetzgebung, und nicht nur um die mehr oder weniger erfolgreichen Bemühungen des einzelnen Menschen, Zugehörigkeit zu erlangen.“⁶

Sozial wird Inklusion aus staatlicher Perspektive sobald sie Strukturen schafft, die jeglichen Bevölkerungsgruppen fernab von sozioökonomischen Differenzierungsmerkmalen den gleichen Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen. Auf der politischen Makro- und Mesoebene der Stadtentwicklungsstrategien obliegt einer Großstadt die Bereitstellung der notwendigen inklusionsförderliche Organisationsstrukturen, die Sensibilisierung für Inklusionsprozesse und Schaffung gesellschaftspolitischer Anreize für Betriebe zur inklusiven Unternehmensführung.⁷

⁵ Andreas Exner, Livia Cepoiu und Carla Weinzierl, Smart City Policies In Wien, Berlin und Barcelona. In: Bauriedl, Strüver, Smart City, 336.

⁶ Theresa Hilse-Carstensen, Sandra Meusel, Germo Zimmermann (Hg.), Freiwilliges Engagement und soziale Inklusion. Perspektiven zweier gesellschaftlicher Phänomene in Wissenschaft und Praxis (Wiesbaden 2019) 16.

⁷ Hilse-Carstensen, Meusel, Zimmermann, Soziale Inklusion, 16-18.

2. Konzept der Stadt Wien

In ihrem, von der Magistratsabteilung 18 publizierten, fast 200 seitigen Leitfaden, zur Smart-City-Transformation Wiens listet die Stadt Wien soziale Inklusion als eines der zentralen Ziele zur Schaffung einer modernen, digitalisierten und sozial gerechten Stadt der Zukunft auf:

Soziale Inklusion heißt in der Smart City Wien auch digitale Inklusion. Für die Smart City Wien ist es eine explizites Ziel, neue Technologien und Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung auch zur sozialen Inklusion zu nutzen. ⁸

Anhand welcher konkreten Maßnahmen die Stadt Wien dieses Ziel erreichen möchte, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Zwar formuliert die Stadt Wien viele Ziele durchaus detailliert aus, konkrete Maßnahmen zur tatsächlichen Umsetzung und Bewerkstellungen mancher Projekte finden sich hingegen leider nicht ihrer Rahmenstrategie. ⁹

Smartes Wien

Grundsätzlich fußt das Entwicklungskonzept der Stadt Wien auf zwölf Säulen, die zu einer nachhaltigen, digitalisierten und fortschrittlichen Stadtentwicklung beitragen sollen: Energieversorgung, Gebäude, Mobilität und Verkehr, Wasser & Abfallwirtschaft, Bildung, Umwelt, Wissenschaft und Forschung, Gesundheit, Digitalisierung, Wirtschaft und Arbeit, Soziale Inklusion, Partizipation. ¹⁰ Dabei sind speziell die Bereiche Soziale Inklusion, Partizipation, Energieversorgung, Mobilität und Digitalisierung von größerer Relevanz für das von mir untersuchte Themenfeld.

Folgende, grundlegende Maßnahmen finden sich in der Rahmenstrategie der Stadt Wien um eine smarte Weiterentwicklung der österreichischen Bundeshauptstadt innerhalb der oben erwähnten und für meine Arbeit relevanten Zielbereiche zu forcieren: Mobilität und Verkehr, Digitalisierung Partizipation, sowie Bildung. Ich habe nach eigenem Ermessen den Themenbereich Wohnen ergänzt der Überschneidungsaspekte mit dem Thema Gebäude aufweist.

Wenngleich die Stadt Wien dem Thema der sozialen Inklusion einen Zielbereich gewidmet hat, ist es meines Erachtens notwendig, auch vielen anderen Bereich im Kontext sozialer Inklusion zu betrachten und die möglichen Potenziale und Gefahren aufzuzeigen. Die Gliederung der einzelnen Zielbereiche durch die Stadt Wien werde im weiteren Verlauf meiner Arbeit

⁸ *Magistrat der Stadt Wien, Smart City Wien. Rahmenstrategie 2019–2050. Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung (Wien 2019) 111.*

⁹ *Magistrat Wien, Rahmenstrategie, 111,112.*

¹⁰ *Magistrat Wien, Rahmenstrategie, 34.*

übernehmen (ausgenommen dem Thema Wohnen), um die Zielerreichung der sozialen Inklusion innerhalb der einzelnen Unterkategorien zu untersuchen. Zu den einzelnen Kategorien werde ich zuerst die Ziele der Stadt Wien zusammenfassen, um diese dann in Bezug zu möglichen Maßnahmen zur Erreichung optimaler sozialer Inklusion zu setzen. Dabei werde ich potenzielle Maßnahmen aufzeigen, tatsächlich gesetzte Maßnahmen evaluieren und Entwicklungschancen ausloten.

Die Vermarktung von Wien als Smart-City fußt auf einer fundierten, sozialen und ökologischen Basis, die die Stadt ihrer Politik der letzten Jahrzehnte zu verdanken hat. Unter dem neomodischen Begriff der Smart-City lassen sich viele Interessen und Entwicklungsprozesse zusammenfassen, wenngleich die Technologisierung des Stadtgebiets nicht zwingend das Hauptanliegen der Stadt darstellt. Vielmehr fungiert diese als Mittel zum Zweck einer sozioökonomischen gerechten Transformation des städtischen Lebens.¹¹

¹¹ Andreas Exner, Livia Cepoiu, Carla Weinzierl, Smart City Policies in Wien, Berlin und Barcelona. 341. In: Bauriedl, Strüver (Hg.), Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten (Bielefeld 2018).

3. Soziale Inklusion

Ziele der Stadt Wien

Ihrer Entwicklungsstrategie zu Folge ist ein wesentlicher Punkt zur Förderung der sozialen Inklusion die vermehrte Schaffung von frei zugänglichen Grünräumen, zunehmende Verkehrsberuhigung, die Etablierung sozialer Infrastruktur und vielseitiger Sharing-Systeme. Zusätzlich erhofft sich die Stadt Wien soziale Chancengerechtigkeit von der ausreichenden Bereitstellung geförderten Wohnbaus, um Wohnkostenüberlastung benachteiligter sozialer Schichten vorzubeugen. Ergänzend möchte die Stadt jedem:r Bürger:in den gleichen Zugang zu städtischen Dienstleistungen in digitaler Form bieten, faire und ausreichende Arbeitsangebote als individuelle Entwicklungschancen bereitstellen und soziale Sicherungssysteme weiterhin etablieren und sicherstellen, um den sozialen Ausgleich zu fördern. Alle Maßnahmen stehen in engen Zusammenhang mit einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und energieeffizienten Leitstrategie.¹²

Damit soziale Inklusion im städtischen Kontext funktionieren kann benötigt es ambitionierte Zielsetzungen und entsprechende Förderungen wie sie im Programm der Stadt Wien verankert sind. Sozial inklusive Ansätze müssen auf mehreren politischen Ebenen Einfluss erlangen. Neben einer inklusiven Stadtplanung und Raumordnung, bedarf es partizipativer Angebote und Maßnahmen die benachteiligten Personen fördern.¹³ Wie gut der Stadt Wien diese Umsetzung gelingt wird in den folgenden Kapiteln erörtert.

¹² *Magistrat Wien*, Rahmenstrategie, 112f.

¹³ Rudolf Giffinger, Smart City. Ein Konzept für nachhaltige Stadtentwicklung? In: Katharina Hammer (Hg.) *Wien wächst. Smart City* (Wien 2016) 29-31, online unter <https://repositum.tuwien.at/bitstream/20.500.12708/221/2/Giffinger%20Rudolf%20-%202016%20-%20Smart%20City%20ein%20Konzept%20fuer%20sozial%20nachhaltige...pdf> (2.9.2021).

4. Partizipation

Ziele der Stadt Wien

Die Einbindung aller Bürger:Innen in politische Entscheidungsprozesse ist der Stadt Wien, ihrer Rahmenstrategie nach, ein essentielles Anliegen, um eine faire und sozial gerechte Stadtentwicklung zu ermöglichen. Speziell bei der Verteilung budgetärer Mittel hat die Stadtregierung Projekte entwickelt, in denen alle Bewohner:Innen die Möglichkeit zur Einflussnahme geboten werden soll. Bürger:Innen können zusätzlich eigene Vorschläge und Projekte einreichen. Die intensivierete Kommunikation zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Gesellschaft soll zu mehr Transparenz und Chancengleichheit beitragen.¹⁴

Partizipation im Kontext von sozialer Inklusion

Zweifelsfrei kann die Einbindung der Stadtbevölkerung in politische Entscheidungsprozesse ein wesentliches Element zur Verstärkung sozialer Inklusionsprozesse darstellen. Dabei sollte im Sinne sozialer Inklusion der Fokus vor allem auf der Miteinbeziehung marginalisierter Bevölkerungsgruppen liegen. Partizipationsmöglichkeiten stellen dementsprechend den zentralen Grundpfeiler einer inklusiven Stadtgemeinschaft dar.¹⁵

Ein Beispiel für die Bereitstellung zusätzlicher Beteiligungsmöglichkeiten für benachteiligten Stadtbewohner:innen durch die Politik findet sich in einigen europäischen Städten in Form der *Open Society Foundation*. Diese Organisation zielt darauf ab, dass vorhandene Wissen emigrierter und geflüchteter Personen zu nutzen, um optimale Entscheidungen in Bezug auf Flucht- und Migrationsthemen in der Stadtplanung treffen zu können. Die Wissensmacht wird dabei umgelagert und gleichzeitig den entsprechenden Bürger:innen suggeriert, dass ihre aktive Mitgestaltung zu einer allgemeinen Verbesserung beiträgt.¹⁶ Die Stadt Wien ist zwar nicht Teil dieser Organisation, hat mit dem sogenannten CORE-Programm hingegen einen eigenen Zugang entwickelt, um geflüchteten Personen mehr Teilnahmemöglichkeiten zu bieten.¹⁷

¹⁴ *Magistrat Wien*, Rahmenstrategie, 128, 129.

¹⁵ Misun *Han-Broich*, Freiwilliges Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund. Chancen und Grenzen gesellschaftlicher Integration und Inklusion. In: *Hilse-Carstensen, Meusel, Zimmermann*, Soziale Inklusion, 54.

¹⁶ Albert *Denk*, Globale Städte und nachhaltige Entwicklungsziele. Wie werden aus Orten der Entkoppelung und der Ausbeutung Orte der sozialen Inklusion?. In: *Momentum. Zeitschrift für sozialen Fortschritt* Vol. 8/1 (2019) 10.

¹⁷ Gerd-Rainer *Damm*, Annette *Spellerberg*, Modellvorhaben. Smart Cities und Smart Regions. In: Annette *Spellerberg* (Hg.), Digitalisierung in ländlichen und verdichteten Räumen. (Hannover 2021) 67, online unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-4318066> (2.9.2021).

Digitalisierte Partizipation

Um die ambitionierten Ziele in Bezug auf zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten für die Wiener Bürger:innen zu erreichen, setzt die Stadt Wien besonders auf den Ausbau von digitalen Kommunikationstools und Online-Beteiligungsplattformen.¹⁸ Genauer erläutert wird allerdings nicht, um welche Plattformen es sich dabei handelt und anhand welcher Maßnahmen der Zugang zu diesen Plattformen für alle Bürger:innen sichergestellt werden kann. Die Verwendung solcher Netzwerke verursacht die Entstehung neuer potenzieller Exklusionsmechanismen. Diese Gefahr beruht auf der grundsätzlichen, binären Logik nach der Internet-Netzwerke und Plattformen funktionieren. Nützliche Inhalte und Protagonisten werden besonders gefördert und irrelevante Themen und Personen wird der Zugang zu einem Netzwerk gar nicht erst ermöglicht. Auf diese Weise können für gewisse Kommunikationsprozesse relevante Akteure aktiv in einen Diskurs eingebunden werden, andere für den Sachverhalt scheinbar irrelevante Akteure hingegen bewusst missachtet und ausgegrenzt werden.¹⁹ Zusätzlich entsteht die Gefahr, dass ältere Bevölkerungsgruppen, die das Internet nachweislich in geringerer Intensität nutzen und sich durch die intensive Verlagerung von Partizipationsmöglichkeiten ins Internet mit Ausgrenzungsmechanismen konfrontiert sehen.²⁰ Um dieser Tendenz entgegenzuwirken hat die Stadt Wien mehrere Maßnahmen und Projekte ins Leben gerufen, die älteren Personen mit neuen Technologien und Internetnutzung vertraut machen sollen (mehr dazu im Kapitel Digitalisierung).²¹

Als wesentlich für die Schaffung aktiver Partizipationsmöglichkeiten erweist sich zusätzlich der Zugang zu allumfassendem Wissen und Informationen. Technologische Innovationen, wie sie in der Entwicklung intelligenter Städte eingesetzt werden, haben das Potenzial gewisse Ungleichheitsfaktoren im Sinne einer digitalen Spaltung zu verschärfen. Die Höhe des Einkommens beeinflusst in der Regel die Möglichkeit Zugang zu Internetverbindungen und Informationen zu erhalten. Dadurch fördern Innovationen im Bereich der Informationstechnologie die Entstehung einer sogenannten Wissenskluft. Bevölkerungsgruppen mit einem hohen Einkommen können mit wesentlich geringerem Aufwand unzählige Informationen erhalten und akkumulieren, während für Menschen mit

¹⁸ *Magistrat Wien*, Rahmenstrategie 130.

¹⁹ *Nicole Zilien*, Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft (Wiesbaden 2009) 48,49.

²⁰ *Sabrina Schöttle*, Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit. Eine empirische Studie mit Gender Fokus (Düsseldorf 2019) 36,37.

²¹ *Damm*, Modellvorhaben 67.

geringem Einkommen Gegenteiliges gilt. Sofern Wissen als essenzielle Ressource für die aktive Beteiligung an urbanen Gestaltungsprozessen angesehen wird, handelt es sich dabei somit durchwegs um Aspekte die soziale Inklusion entgegenwirken können.²² Mögliche Maßnahmen zur Gegensteuerung lassen sich unter dem Begriff der *Digitalen Inklusion* zusammenfassen. Hierbei wird es als die Aufgabe der Politik angesehen, Digitalisierungspakete zu schnüren, die allen Menschen kostenlosen Internetzugang ermöglichen und die besonders den Breitbandausbau an Schulen vorantreiben, damit jede Schüler:in die gleichen Chancen im Bereich der Informationsbeschaffung vorfindet.²³ Für den konkreten Fall der Stadt Wien ist hingegen die Möglichkeit der Internetnutzung nur marginal an die Höhe des Einkommens gekoppelt.²⁴

Besonders für Online-Partizipationsmöglichkeiten sind einer empirischen Studie von Schöttle zu Folge Kampagnen zur Bewusstseinsbildung und Aufmerksamkeitserlangung von Nöten. Kreative Wege und Maßnahmen, die die Aufmerksamkeit auf vorhandene Teilnahmemöglichkeiten lenken, wie etwa Plakate, Online-Werbung oder Werbespots können diesem Problem Abhilfe schaffen.²⁵ In meiner Recherche und meinem alltäglichen Leben als Bürger der Stadt Wien ist mir keine ähnliche Maßnahme der Stadtregierung untergekommen.

Bestehende Partizipationsmöglichkeiten

Die Stadt Wien hat einen Masterplan für die Förderung von E-Partizipationsmöglichkeiten vorgelegt. Damit ist es ihr augenscheinlich ein zentrales Anliegen, die Digitalisierung zu nutzen, um neue Teilhabemöglichkeiten zu schaffen und bestehende analoge Partizipationsinitiativen im Sinne einer Smart-City-Konzeption zu verstärken.²⁶ Schon jetzt existieren einige E-Partizipationsmöglichkeiten in Wien auf unterschiedlichen Ebenen, die mitunter zur Verstärkung vorhandener, analoger Beteiligungsmöglichkeiten dienen können. Als Positivbeispiel lässt sich der Planungsprozess des Nordbahnhofs herausstreichen, bei dem ein Konglomerat aus analogen und digitalen, partizipativen Verfahren einen hohen Beteiligungsgrad sichergestellt hat. Ähnliches kann dem Planungsprozess der neuen

²² Nicole Zilien, *Digitale Ungleichheit*, 71f.

²³ Sabrina Schöttle, *Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit. Eine empirische Studie mit Gender Fokus* (Düsseldorf 2019) 78.

²⁴ Evelyn Hacker, Bernhard Hoser, Corinna Mayerl, *Wohnqualität und soziale Gerechtigkeit in Wien. Wohnqualität und BewohnerInnenstrukturen im Zeitvergleich 1995 – 2013. Endbericht* (Wien 2014) 86.

²⁵ Schöttle, *Teilnahme in Online-Partizipation*, 367,368.

²⁶ MA 21, *Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung* (Wien 2016).

Mariahilfer Straße attestiert werden, der Online und Vor-Ort-Partizipationsmöglichkeiten kombiniert.²⁷

Als Paradebeispiele für vollständige E-Partizipation können aus Sicht der Stadt Wien die Partizipativen Budgets genannt werden, die in einigen Wiener Bezirke zur Anwendung kommen. Diese Online-Beteiligungsmöglichkeit bietet den Bewöhrner:innen ausgewählter Bezirke die Möglichkeit, sich bei der Erstellung des Haushaltsbudgets zu beteiligen.²⁸ Zwei Kritikpunkte offenbaren sich jedoch im Diskurs über Partizipative Budegts: Die Teilnehmer:innen können zwar ihr Ideen einbringen, jedoch liegt die Entscheidungsgewalt letztendlich immer bei politischen Organen.²⁹ Zusätzlich entfalten diese Initiativen mitunter einen gegenteiligen, anti-demokratischen Effekt, wenn es um die Einbindung von weiblich gelesenen Personen in entsprechende Entscheidungsprozesse geht. Die Unterrepräsentanz von Frauen in diesen Prozessen erfordert politischen Handlungsbedarf.³⁰

²⁷ Matthias *Oltay*, E-Partizipation in der Stadtentwicklung. Maßnahmen für kooperative Beteiligungsintensität in elektronischen BürgerInnenbeteiligungsverfahren auf Basis der E-Signatur (ungedr. Masterarbeit TU Wien 2018) 116,117.

²⁸ Katharina *Mader*, Demokratisierung des Budgetprozesses und Gender Budgeting. Exemplifiziert am Wiener Budgetprozess. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (2009) H1, 53f., online unter: <https://doi.org/10.25595/1600> (2.9.2021).

²⁹ *Oltay*, E-Partizipation, 117.

³⁰ Katharina *Mader*, Demokratisierung des Budgetprozesses und Gender Budgeting. Exemplifiziert am Wiener Budgetprozess. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (2009) H1, 5/, online unter: <https://doi.org/10.25595/1600> (2.9.2021).

5. Mobilität und Verkehr

Ziele der Stadt Wien

In Bezug auf die smarte Weiterentwicklung von Verkehrsmitteln will die Stadtregierung das öffentliche Verkehrsnetz weiter ausbauen, zusätzliche Fuß- und Radwege bauen und im Sinne der Verkehrsberuhigung PKWs kontinuierlich aus der Stadt verdrängen. Gleichzeitig strebt Wien eine Reduktion der physischen Mobilität an und damit eine individuelle Digitalisierung, um Einsparungspotenziale auszunutzen. Zusätzlich wird versucht durch vermehrte Digitalisierung im Bereich der Inter- und Multimodalität, die Kombination von unterschiedlichen Transportmöglichkeiten zu ermöglichen und die Verwendung von diversen Applikationen, beispielsweise Car-Sharing-Dienste, und Mobilitätsplattformen in den Alltag der Wiener Bürger zu integrieren. Deziert möchte sich Wien als eine Stadt kurzer Weg etablieren.³¹ Ich werde im folgenden Kapitel, die öffentliche Erreichbarkeit einzelner Bezirke evaluieren, sowie das Thema Barrierefreiheit und Carsharing hinsichtlich soziökonomischer Gerechtigkeit beleuchten.

Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln

Mobilität und verkehrstechnische Erreichbarkeit sind Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Eine adäquate und gleichmäßige Einbindung in das Netz öffentlicher Verkehrsmittel ist notwendig, um die Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen zu verhindern.³² Um Inklusion im Kontext von Mobilität und Verkehr evaluieren zu können, ist es notwendig, die räumliche Verteilung sozialer Benachteiligungskomponenten zu erfassen. Für die Erfassung der urbanen Verteilung demographischer Benachteiligungsfaktoren habe ich mich der statistischen Kennzahlen der Stadt Wien in den Kategorien Herkunft, Bildung und Einkommen bedient.

Die Bezirke mit dem höchsten Anteil an Bewohner:innen ausländischer Herkunft, respektive einem Anteil jenseits von 50 Prozent, lauten Rudolfsheim-Fünfhaus, Brigittenau und Favoriten. Zusätzlich haben über 40 Prozent der Bevölkerung von Leopoldstadt, Margareten, Mariahilf, Meidling und Ottakring ausländische Herkunft.³³

³¹ *Magistrat Wien*, Rahmenstrategie, 64f.

³² Susanne Lang, Michael Scheuermann und Trixi Jansen, Inklusive Bildungsförderung im öffentlichen Raum. Evaluation einer migrations-pädagogisch orientierten Spiel. Raum-Konzeption für den Stadtteil Jungbusch/Mannheim. In: Nina Berding, Wolf-D. Bukow, Karin Cudak (Hg.), Die kompakte Stadt der Zukunft Auf dem Weg zu einer inklusiven und nachhaltigen Stadtgesellschaft (Wiesbaden 2018) 222.

³³ *Wien.gv.at*, Wiener Bevölkerung 2021: Daten und Fakten zu Migration und Integration, online unter: <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/daten-fakten/bevoelkerung-migration.html> (31.08.2021).

Betrachtet man die räumliche Verteilung der Bezirke mit den niedrigsten Durchschnittsnettoeinkommen der Bewohner:innen stechen Margareten, Favoriten, Simmering, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Brigittenau mit einer Summe unterhalb von 22.000 Euro netto Jahresverdienst heraus. Mit dem Augenmerk auf die Höhe der Durchschnittspensionen werden Leopoldstadt, Margareten, Favoriten, Simmering, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Brigittenau als sozioökonomisch benachteiligte Bezirke augenscheinlich. In diesen Bezirken liegt das durchschnittliche Pensionseinkommen unter 21.000 Euro netto.³⁴

Vom Standpunkt der dritten Kategorie Bildung aus fallen folgende Bezirke als bildungsschwach auf: Favoriten, Simmering, Meidling, Ottakring, Rudolfsheim-Fünfhaus, Brigittenau und Floridsdorf. In diesen Bezirken übersteigt die Anzahl an Personen mit maximal Pflichtschulabschluss die Anzahl jener Personen mit Hochschulabschluss.³⁵

Bezirke, die in zumindest zwei der drei obenstehenden Kategorien Erwähnung finden, kategorisiere ich in weiterer Folge als politische Verwaltungseinheiten, in denen vermehrt soziale benachteiligte Personen konzentriert sind. Als solche Bezirke lassen sich Leopoldstadt, Margareten, Favoriten, Simmering, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus und Ottakring erfassen.

Betrachtet man nun die Erreichbarkeit einzelner Siedlungsbereiche, in Relation zur baulichen Dichte, lassen sich in einigen der obenstehenden Bezirke Mängel in Bezug auf die öffentliche Verkehrsanbindung feststellen. Der Nordosten, Osten und Süden Simmerings weisen eine verhältnismäßig schwache öffentliche Anbindung auf. Gleiches gilt für die Region rund um den Prater in der Leopoldstadt und den peripheren Raum in Favoriten am südöstlichen Stadtrand. Zusätzlich ist die öffentliche Anbindung einzelner Zonen des 16. Wiener Gemeindebezirk nicht ausreichend. Gegensätzlich ist die Situation in Brigittenau, Meidling und Rudolfsheim-Fünfhaus, die von einer überdurchschnittlich guten Verkehrsanbindung profitieren können.³⁶

Vom Standpunkt der öffentlichen Erreichbarkeit aus haben einige sozioökonomisch rückständige Bezirke zusätzliche Benachteiligungen in Kauf zu nehmen. Mit dem 15. Und 20.

³⁴ Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik. Lohnsteuerpflichtige Einkommen nach Bezirken 2018. Frauen und Männer, online unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/arbeitsmarkt/tabellen/einkommen-gesamt-bez.html> (31.08.2021).

³⁵ Statistik Austria, Bildungsstandregister 2019, online unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/bildung/tabellen/bildungsstand-bez.html> (31.08.2021).

³⁶ Helmut Augustin, Birgit Binder, Räumliche Zusammenhänge von baulicher Dichte und öffentlichem Verkehr Wien. (Wien 2006) 2f., online unter <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008051.html> (31.08.2021).

Wiener Gemeindebezirk finden sich hingegen zwei Gegenbeispiele, bei denen der öffentliche Verkehr Marginalisierungstendenzen vorbeugen kann.

Mit Blick auf die Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs lässt sich eine steigende Motorisierung der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen feststellen. Gleichzeitig sinkt insgesamt der Anteil des motorisierten Individualverkehrs auch in benachteiligten Bezirke, was vor allem auf den stetigen Ausbau des Wiener U-Bahn-Netzes zurückzuführen ist. Die Erweiterung der U3 in Richtung Simmering und Ottakring, sowie die Verlängerung der Linie U1 bis in den peripheren Raum Favoritens hinaus, haben den Autoverkehr in den drei oben genannten Bezirken drastisch zurückgedrängt und somit zur sozialen Durchmischung im Mobilitätsgeschehen beigetragen.³⁷

Neben dem konsequenten, radialen Ausbau des U-Bahn-Netzes setzt die Stadt Wien in ihrem Smart-City-Konzept auf die verstärkte Nutzung von Carsharing-Apps. Umfragedaten zum Benutzerverhalten von Carsharing-Nutzer:innen zeigen jedoch deutlich, dass die Nutzung stark von sozioökonomischen Mustern abhängig ist. Der Großteil der Carsharing-Nutzer:innen ist männlich und zwischen 18 und 50 Jahren alt. Die zentrumsnahen, einkommensstärkeren Bezirke weisen die größte Nutzungshäufigkeit auf. Außerdem nutzen Menschen, die ihre Matura abgelegt haben, beinahe fünfmal so häufig Carsharing wie Personen, die lediglich die Pflichtschule oder eine Lehre abgeschlossen haben.³⁸

„Carsharing in Wien spricht derzeit vorwiegend Männer mittleren Alters mit akademischem Background (Free-Floating: auch StudentInnen) aus den inneren Stadtbezirken an, die Vollzeit berufstätig sind.“³⁹

Wenngleich Carsharing nachweislich zur Reduktion von Schadstoff-Emissionen beiträgt, entsteht eine erhebliche sozioökonomische Kluft innerhalb der Nutzerschaft, die soziale Inklusion hemmt und die Unterschiede in der Mobilität unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen verstärkt.

Maßnahmen für Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen

Die zunehmende Nutzung von Apps oder Online-Plattformen findet sich vielfach im Smart-City-Konzept der Stadt Wien. Als positives Beispiel ist die sogenannte Buddy-App

³⁷ Karl Czasny, Johannes Gielge, Verkehrsmittelwahl der WienerInnen. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung (Beiträge zur Stadtentwicklung H16) 3f., online unter, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008054.html> (5.9.2021).

³⁸ Markus Schuster, Irene Steinacher, Rupert Tomschy, Carsharing Wien. Evaluierung. (Wien 2015) 28f., online unter <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008470> (31.08.2021).

³⁹ Schuster, Carsharing, 47.

erwähnenswert, die zu sozialer Inklusion im öffentlichen Verkehr beitragen soll. Die App beziehungsweise Plattform soll Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen dabei helfen, vom öffentlichen Verkehrsangebot der Stadt Wien mehr Gebrauch machen zu können, indem sie Hilfe von Menschen suchen und anfordern können, denen die Bewältigung ihres Alltags erheblich leichter fällt. Dieses Angebot kann stark zur sozialen Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen im öffentlichen Raum beitragen. Evaluationsergebnisse der Effizienz der Buddy-App lassen sich allerdings noch nicht finden.⁴⁰

In puncto Barrierefreiheit ist die Stadt Wien zunehmend bemüht Fortschritte zu machen. Das Thema Barrierefreiheit ist in baulichen Verordnungen und Gesetzen der Stadt Wien hinlänglich verankert. Die Stadt hat überdies hinaus eine eigene Planungsstelle für dementsprechende Anliegen eingerichtet. Somit ist die Barrierefreiheit von Aus- und Neubauten in Zukunft ausreichend sichergestellt.⁴¹

„ Zusammengefasst kann man das grundsätzliche Engagement der Stadt Wien und ihre Mechanismen zum Abbau von Barrieren hervorheben, allerdings gäbe es im Bereich von magistratsübergreifender Zusammenarbeit, Veröffentlichung von Informationen, der Integration von Interessensvertreterinnen und Interessensvertretern oder Budgetierung noch Potenziale. “⁴²

⁴⁰ *Buddy System*, online unter, [Buddy System – Wiener Wege zu Inklusion \(http://www.wiener-wege-zur-inklusion.at/buddy-system/-wege-zur-inklusion.at\)](http://www.wiener-wege-zur-inklusion.at/buddy-system/-wege-zur-inklusion.at) (31.08.2021)

⁴¹ Karin *Hiltgartner*, Michael *Leiner*, Analyse von Barrierefreiheit und Nutzungsqualitäten sowie deren Anwendung in Wien. In: REAL CORP 2018 Proceedings/Tagungsband (Wien 2018).

⁴² *Hiltgartner, Leiner*, Analyse von Barrierefreiheit.

6. Digitalisierung

Ziele der Stadt Wien

Der Zielbereich der Digitalisierung durchdringt beinahe alle Zielbereiche der Leitstrategie, allem voran Verkehrssteuerung und die Entwicklung von intelligenten Energienetzen. Der Ausbau von Übertragungs- und Rechnernetzen und digitalen Beteiligungsmöglichkeiten soll die digitale Infrastruktur stärken. Gleichzeitig proklamiert die Stadt Wien in ihrer Strategie, dass der digitalen Verbreitung von Stereotypen und diskriminierenden Inhalten entgegengewirkt werden soll.⁴³ Diese Maßnahmen sollten allerdings vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die digitale Technologisierung nicht das zentrale Anliegen der Wiener Smart-City-Konzeption darstellt.⁴⁴

Digitalisierung im Kontext von sozialer Inklusion

„Die Nutzung von digitalen Angeboten erfordert neben dem Besitz und dem Zugang zu Hardware sowie technischen Fähigkeiten auch die Kompetenz, digitale Inhalte reflektiert und sicher nutzen sowie Informationsquellen kritisch bewerten zu können. Diese Voraussetzungen stellen für armutsbetroffene Menschen, aber auch andere Zielgruppen wie ältere Personen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder mit geringer formaler Bildung oftmals hohe Hürden dar.“⁴⁵

Um diesen Ungleichheiten effektiv vorbeugen zu können und soziale Inklusion zu fördern, bedarf es dementsprechender Maßnahmen und Initiativen. Armutsbetroffene Menschen müssen einen günstigen Zugang zu den notwendigen Hardware- und Software-Produkten erhalten und die Schulung digitaler Kompetenzen in allen Altersschichten, aber besonders vom Kleinkindalter an, muss forciert werden.⁴⁶

Um die Digitalisierung voranzutreiben und der Entstehung einer digitalen Ungleichheit vorzubeugen hat die Stadt Wien eine dezidierte *Digitale Agenda* ins Leben gerufen. Die Erarbeitung erfolgte mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger:innen, Unternehmen und administrativen Organen. Die Digitale Agenda fügt sich in das Smart-City-

⁴³ *Magistrat Wien*, Rahmenstrategie, 78..

⁴⁴ Michael Noak, Inklusiv Quartiere. Optionen intermediären Quartiermanagements zur Gestaltung des demographischen Wandels. In: Nina Berding, Wolf-D. Bukow, Karin Cudak (Hg.), Die kompakte Stadt der Zukunft Auf dem Weg zu einer inklusiven und nachhaltigen Stadtgesellschaft (Wiesbaden 2018) 337.

⁴⁵ Hashemi *Schifteh*, Clara Moder, Digitalisierung inklusiv gestalten. Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter. In: Die Armutskonferenz et al. (Hg.): Stimmen gegen Armut (Norderstedt 2020) 155, online unter www.armutskonferenz.at/files/hashemi-moder_digitalisierung-inklusivegestalten_2020.pdf (1.9.2021).

⁴⁶ *Schifteh*, Moder, Digitalisierung, 156.

Konzept der Stadt Wien als Möglichkeit zur Entwicklung einer lebenswerteren Stadt, ohne dabei verpflichtende Digitalisierungsschritte festzulegen.⁴⁷

„Die Technik folgt dem Menschen, und nicht der Mensch der Technik: Diese grundlegende Denkweise ist ein zentrales Wesensmerkmal der Smart City Wien und unterscheidet diese von vielen anderen Smart-City-Initiativen.“⁴⁸

Beispiele für digitale Inklusion

Vorweg lassen sich einige Maßnahmen auflisten, die die Stadt Wien setzt, um sozial gerechter und vernetzter auf die Zukunft zuzusteuern. Die Entwicklung der sogenannten Kälte-App hilft dabei, obdachlose Menschen in den Wintermonaten an Sozialarbeiter:innen zu vermitteln. Die Plattform CORE soll Menschen mit Migrationshintergrund dabei helfen, leichter entsprechende Institutionen, und Integrationsangebote zu finden und immigrierte Menschen in die Entwicklung eben jener Angebote vermehrt einzubinden. Eine Anwendung namens Place-City ermöglicht es Bürger:innen Teile des öffentlichen Raums nach ihren Vorstellungen zu gestalten und an neuen stadtplanerischen Projekten mitzuwirken. Zusätzlich bietet das virtuelle Amt Menschen mit Mobilitätseinschränkungen eine zusätzliche Möglichkeit Amtswege zu erledigen.⁴⁹

Die Stadtregierung legt hohen Wert auf die Einbindung ältere Menschen in digitale Fortschrittsprozesse. Die österreichische Entwicklung des Seniortabs, ein Tablet das an die Anforderungen und Bedürfnisse älterer Menschen angepasst ist, dient dazu, den Umgang mit neuen Technologien zu erleichtern und Anreize für Senior:innen zu bieten, in die digitale Welt einzutauchen. Zusätzlich wurde das Forschungsobjekt WAALTeR von der Bundeshauptstadt gefördert, bei dem in 83 Haushalten Digitaldienste integriert und getestet wurden.⁵⁰ Dabei wurden bereits existente Technologien so zu einem neuen System kombiniert, dass sich die Handhabung in weiterer Folge wesentlich einfacher gestaltet. Die Testergebnisse haben aufgezeigt, dass ältere Menschen durch das Projekt mehr Freude und Interesse an digitaler Vernetzung entwickeln und neue Kompetenzen erlernen.⁵¹ Entsprechende Maßnahmen können

⁴⁷ Gerd-Rainer Damm, Annette Spellerberg, Modellvorhaben: Smart Cities und Smart Regions. In: Annette Spellerberg (Hg.), Digitalisierung in ländlichen und verdichteten Räumen. (Hannover 2021) 66f., online unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-4318066> (2.9.2021).

⁴⁸ Damm, Spellerberg, Modellvorhaben, 66.

⁴⁹ Damm, Spellerberg, Modellvorhaben 67.

⁵⁰ Roland Heuermann, Carsten Jürgens, Peter Adelskamp und Tanja Krin, Digitalisierung auf kommunaler Ebene. In: Roland Heuermann, Matthias Tomenendal, Christian Bressemer (Hg.) Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden. IT-Organisation, Management und Empfehlungen (Berlin 2018) 85.

⁵¹ Till Bieg, Isabel Schwaninger, Cornelia Gerdenitsch, Markus Garschall, Christopher Frauenberger, WAALTeR. Aktives Altern findet Stadt. D5-3 Evaluierungsbericht (Wien 2020) 46.

als positiver Schritt in Richtung digitaler, sozialer Inklusion gesehen werden, zumal besonders ältere Menschen oftmals durch Digitalisierungsprozesse ausgegrenzt werden.⁵²

Etwaige Applikationen haben jedoch nur dann einen inklusiven Nutzen, wenn alle Bevölkerungsteile gleichermaßen Zugang dazu haben. Für Wien lässt sich allerdings keine Benachteiligung in Haushalten nach sozioökonomischen Gesichtspunkten bezüglich fehlender Internetanschlüsse feststellen.⁵³ Ergänzend bietet die Stadt Wien an einer wachsenden Anzahl an öffentlichen Plätzen kostenloses WLAN an, womit an Orten der Begegnung jede:r Bürger:in ins Internet gelangen kann.⁵⁴

Probleme der Digitalisierung

Wenngleich die Stadt Wien unzählige Maßnahmen gesetzt hat, um eine sozial gerechte Digitalisierung voranzutreiben, lassen sich einige grundlegende Probleme, die mit Digitalisierungsprozessen einhergehen, nicht leugnen.

Claude Rochet betont in seiner Kritik am Smart-City-Konzept die fehlende Berücksichtigung der menschlichen Komponente urbaner Ballungszentren. Menschen denken und verhalten sich oftmals anders, als von Algorithmen berechnet oder Maschinen antizipiert. Diese Abweichungen können dazu führen, dass gewisse Maßnahmen die Bevölkerung entweder nicht erreichen, unzufrieden stellen oder nur einen gewissen Teil der Stadtbewohner ansprechen und somit soziale Unverhältnismäßigkeiten schaffen.⁵⁵

Verstärkte Digitalisierung und die Zunahme an technologischer Steuerungsmechanismen erhöhen gleichzeitig den Energiebedarf einer Stadt. Die vermehrte Nutzung von Technologie und technischen Hilfsmittel trägt somit nicht zwingend zu einer nachhaltigen Stadtkonzeption bei. Der steigende Energieverbrauch kann nur dann abgefedert werden, wenn mehr finanzielle Mittel in erneuerbare Energiegewinnung fließen. In weiterer Folge lasten die Kosten einer solchen Energietransformation zumindest zu einem beachtlichen Teil auf den Schultern der Bewohner:innen einer Stadt. Der finanzielle Mehraufwand, sofern er nicht sozioökonomisch individualisiert und angepasst wird, trifft dabei ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker.⁵⁶ Die Zukunft wird Aufschluss darüber geben, wie sehr sich die Stadt Wien dieser Problematik bewusst ist und welche Gegensteuerungsmaßnahmen vorbereitet werden.

⁵² *Schifteh*, Digitalisierung, 155.

⁵³ *Hacke, Hoser, Mayerl*, Wohnqualität in Wien, 86.

⁵⁴ *Heuermann*, Digitalisierung, 85.

⁵⁵ *Claude Rochet*, *Smart Cities. Reality or Fiction* (London/Hoboken 2018) 9f.

⁵⁶ *Rochet*, *Smart Cities*, XVII.

7. Wohnen

Ziele der Stadt Wien

Die Stadt Wien führt ihre hohe Lebensqualität zu einem erheblichen Teil auf die Errungenschaften des sozialen Wohnbaus zurück. Um diese Ausgangslage zu nutzen, möchte die Stadt weiter auf geförderten Wohnbau setzen, da er eine soziale Durchmischung fördert und als Mittel zur Armutsbekämpfung angesehen werden kann.⁵⁷

Wohnen stellt das wichtigste soziale Bedürfnis unsere Zeit dar und hat erheblichen Einfluss auf das Wohlbefinden und die soziale Integration der Bevölkerung. Wohnraum wird zunehmend teurer und ist vielerorts kaum leistbar. Sozialer Wohnbau kann die entsprechende Antwort der Politik auf diese Problemlage sein und die Durchmischung vieler unterschiedlichen Bevölkerungsschichten innerhalb eines Ballungsraumes sicherstellen.⁵⁸ Im folgenden Kapitel möchte ich daher die momentane Wohnsituation in Wien analysieren und die Potenziale des sozialen Wohnbaus evaluieren.

Analyse der Wohnsituation

Um die Wohnsituation in Wien zu analysieren, möchte ich die räumliche Verteilung hinsichtlich sozioökonomischer Kennzahlen untersuchen. Genauere Ausführungen zu meiner Vorgangsweise finden sich im Kapitel Mobilität. Verkürzt und vereinfacht, um etwaiger Redundanz vorzubeugen, lassen sich diese Bezirke als sozioökonomisch benachteiligt charakterisieren: Leopoldstadt, Margareten, Favoriten, Simmering, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus und Ottakring. Diese politischen Verwaltungseinheiten sind hinsichtlich ihres Durchschnittseinkommens, der Durchschnittspensionen, und oder dem durchschnittlichen Bildungsgrad dem Großteil der anderen Wiener Bezirke unterlegen. Zusätzlich muss die Kategorie Herkunft als Faktor sozialer Aus- und Abgrenzung erfasst werden. In diesem Sinne handelt es sich bei den oben genannten Bezirken um jene, mit einem hohen Anteil an Personen mit ausländischer Herkunft.

Als neuen Aspekt demografischer Differenzierungsmuster habe ich ergänzend die räumliche Verteilung der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften innerhalb des Wiener Stadtgebiets untersucht. Über die Hälfte aller Personen mit jüdischem Glauben hat ihren Wohnsitz in der Leopoldstadt. Einen verhältnismäßig größeren Anteil an Bewohner:innen mit muslimischen Bekenntnis weisen die Bezirke Rudolfsheim-Fünfhaus Ottakring und Brigittenau auf. Der 10.

⁵⁷ *Magistrat Wien*, Rahmenstrategie, 26.

⁵⁸ *Die Unterzeichnenden*, Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik. Wissenschaftler_innen fordern Schutz der Bestandsmieten, Gemeinnützigkeit und Demokratisierung. In: *sub\urban. Zeitschrift für Kritische Stadtforschung*, 6(2/3), 218,219, online unter, <https://doi.org/10.36900/suburban.v6i2/3.411> (1.9.2021).

Wiener Gemeindebezirk beherbergt eine etwas überdurchschnittliche Anzahl an Muslimen und orthodoxen Christen.⁵⁹

Eine weitere Kennzahl anhand derer ich sozial benachteiligte Bezirke extrahieren möchte, ist der Grad der Wohnungsausstattung, der von der Stadt Wien in den Kategorien A (höchste Ausstattung) bis D (geringste Ausstattung) angegeben wird. Den prozentuell höchsten Anteil an Wohnungen in der Ausstattungskategorie C oder D findet sich in Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Brigittenau.

Leichte Unterschiede lassen sich zudem beim Vorhandensein von Internetzugängen feststellen. Während der Zugang zu Internet bei der älteren Bevölkerung oftmals non-existent ist, sind mittlerweile beinahe keine Benachteiligungen bezüglich Internetanschlüssen in einkommensschwachen Haushalten ersichtlich. Dementsprechend kann im Bereich der Verfügbarkeit von Internetzugang von keiner sozialen Exklusion gesprochen werden.⁶⁰

Eine positive Tendenz in Bezug auf soziale Inklusion zeigen Daten des SORA-Institut, die einen wachsenden Zugang zu Kinderspielplätzen und Freizeitanlagen in Wohnsiedlungen für Migrant:innen.⁶¹ Diese Orte der Begegnungen fördern bei einer vielfältigen demographischen Zusammensetzung die soziale Durchmischung.⁶²

Zusammenfassend lassen sich ziemlich deutliche demographische und sozioökonomische Unterschiede zwischen den Bewohner:innen einzelner Bezirke feststellen. Wenngleich der Grad an sozialer Durchmischung in Wien recht hoch ist, stechen einige Bezirke aufgrund ihrer demografischen Besonderheiten hervor. In beinahe allen von mir erwähnten Kategorien werden Favoriten, Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Brigittenau als Beispiele für verhältnismäßig sozioökonomische Rückständigkeit angeführt. Somit kann von ein paar Bezirken gesprochen werden, die von sozialer Ausgrenzung, Rückständigkeit und Besonderheiten in der ethnischen Zusammensetzung betroffen sind. Dementsprechend müsste es im Sinne der sozialen Inklusion ein dezidiertes Ziel der Stadt Wien sein, die soziale Durchmischung der Bevölkerung entsprechend der Bezirksaufteilung zu fördern. Ein Ziel dieser Art findet sich jedoch nicht in der Leitstrategie der Stadt Wien. Nichtsdestotrotz lassen sich einige positive Tendenzen feststellen, die allerdings nicht zwingend auf Smart-City-Entwicklungen zurückzuführen sind.

⁵⁹ *Stadt Wien*, online unter <https://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung/tabellen/religion-bez.html> (1.9.2021).

⁶⁰ *Hacke, Hoser, Mayerl*, Wohnqualität in Wien, 86

⁶¹ *Hacke, Hoser, Mayerl*, Wohnqualität in Wien, 86

⁶² *Hiltgartner, Leiner*, Analyse von Barrierefreiheit.

Sozialer Wohnbau

Der soziale Wohnbau (Gemeindebauten) fungiert als Aushängeschild der Wiener Wohnpolitik. Der Leitstrategie der Stadt Wien zufolge fokussiert keine andere wohnpolitische Maßnahme mehr auf soziale Inklusion und Durchmischung als die aus der öffentlichen Hand finanzierten Wohnungen.

„Der hohe Anteil des geförderten Wohnbaus wirkt preisdämpfend auf den gesamten Wohnungsmarkt. Der demografische und sozioökonomische Wandel stellt jedoch in Zukunft eine große Herausforderung für die Zielerreichung dar – sowohl im Hinblick auf die Sicherstellung des hohen Anteils geförderter Wohnungen als auch in Bezug auf die Zugänglichkeit des geförderten Wohnbaus für möglichst breite Bevölkerungsschichten.“⁶³

Mehr als ein Viertel aller Wiener:innen wohnt in Gemeindebauten. Bei 60% der bewohnten Gebäude im Wiener Stadtgebiet handelt es sich um geförderten Wohnbau. In der Wiener Raumordnung existiert mittlerweile die Widmungskategorie geförderter Wohnbau, weshalb zwei Drittel aller in Wohngebiet umgewidmeten Flächen für sozialen, geförderten Wohnbau eingeplant werden müssen. Die Stadt Wien setzt somit auch in Zukunft verstärkt auf sozialen Wohnbau.⁶⁴ Die Anmietung einer geförderten Wohnung ist in Wien an bestimmte Bedingungen und Voraussetzungen gekoppelt. Neben einer Staatsbürgerschaft oder einem entsprechenden Aufenthaltstitel und geklärten Familienverhältnissen darf vor allem eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschritten werden. Bei Mietwohnungen liegen diese monetären Zugangsbeschränkungen bei circa 48000€ Netto-Jahresverdienst, bei Eigentumswohnungen bei etwa 55000 Euro Netto-Jahreseinkommen.⁶⁵

Im Vergleich zu privaten Mietwohnungen wohnen im Gemeindebau dreimal so wenige Menschen mit Hochschulabschluss. Eine problematische Entwicklung zeichnet sich hinsichtlich der finanziellen Situation der Bewohnerschaft ab. Die Armutsgefährdung hat im Zeitraum von 2003 bis 2013 drastisch zugenommen, in einem Ausmaß das deutlich über dem Wiener Gesamtdurchschnitt liegt. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die im sozialen Wohnbau wohnen, erheblich vergrößert über die letzten Jahre.⁶⁶ Nach sozioökonomischen und demographischen Gesichtspunkten wohnen

⁶³ Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Monitoringbericht 2017. Smart City Wien Rahmenstrategie (Wien 2018) 50.

⁶⁴ Stadt Wien, online unter, <https://www.wien.gv.at/presse/hintergrund/wohnbau> (2.9.2021).

⁶⁵ Wohnberatung Wien, online unter, <https://wohnberatung-wien.at/footer/einkommenshoechstgrenzen> (2.9.2021).

⁶⁶ Hacke, Hoser, Mayerl, Wohnqualität in Wien 92,93.

dementsprechend verhältnismäßig viele ökonomisch und gesellschaftlich benachteiligte Menschen im geförderten Wohnbau.

Allerdings lässt sich auch bei der Verteilung der Gemeindebauten im Wiener Stadtgebiet eine deutliche Ungleichheit ausmachen. In den Bezirken Favoriten, Simmering Meidling, Brigittenau und Floridsdorf ist die Dichte an geförderten Wohnbau am höchsten. Zumindest drei dieser Bezirke weisen auch sozioökonomische Rückstände auf.⁶⁷ Somit liegt offensichtlich eine Kohärenz zwischen der Anzahl an Gemeindebauten und Bezirken deren Bewohner: innen einer niedrigeren sozialen Schicht angehören, vor. Dieser Zusammenhang mag vor dem Hintergrund, dass in Gemeindebauten tendenziell Menschen mit geringerem Einkommen und niedrigerem Bildungsgrad leben wenig verwunderlich erscheinen, wenngleich hierbei von einem Verstärkungseffekt gesprochen werden kann.⁶⁸

Zweifelsfrei kann innerhalb sozialer Wohnanlagen von regem Austausch und sozialer Interaktion gesprochen werden, gleichzeitig handelt es dabei um soziale Autarkie. Die soziale Komplexität ist auf einem stagnierenden, niedrigen Niveau weshalb Gemeindebauten nicht als soziale Durchmischungsmotoren angesehen werden können.⁶⁹ Sozialer Wohnbau verhilft ärmeren, von Ausgrenzung bedrohten Bürger: innen sich langfristig in einer Großstadt wie Wien ohne größere Probleme niederlassen zu können. Die soziale Durchmischung dieser Bevölkerungsschichten wird jedoch durch die hohe räumliche Konzentration gewisser sozialer Milieus in Gemeindebauten gehemmt. Folglich würde ich in Gemeindebauten von partieller sozialer Inklusion sprechen.

Einfluss der Energiewende?

Eine Studie von Krümmel und Breckner zeigt auf, dass die Sanierung und Erbauung von energieeffizienten Häusern und Wohnungen die Miet- und Kaufpreise in die Höhe treibt. Armutsgefährdete Mieter, deren Wohnungen an neue Umweltstandards angepasst werden müssen, sehen sich somit mit einem Verdrängungseffekt aus monetären Gründen konfrontiert.⁷⁰ Technologische Veränderung verstärken die Skepsis und Unsicherheit von Mietern in armutsgefährdeten Wohngebieten und stellen diese vor Herausforderungen zu

⁶⁷ *Stadt Wien*, online unter, <https://www.wien.gv.at/statistik/verkehr-wohnen/tabellen/gebaeude-eigent-bez.html> (2.9.2021).

⁶⁸ *Hacke, Hoser, Mayerl*, Wohnqualität in Wien, 92,93.

⁶⁹ *Elisabeth Oberzaucher*, Homo urbanus, Ein evolutionsbiologischer Blick in die Zukunft der Städte (Berlin 2017) 88.

⁷⁰ *Stefan Krümmel, Ingrid Breckner*, Aspekte sozialer Ungleichheit in energieeffizienten Gebäuden. Das Beispiel IBA Hamburg 2013. In: *Katrin Großmann, André Schaffrin, Christian Smigiel* ((Hg.), Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa (Wiesbaden 2017) 553f.

deren Bewältigung sie meist nicht das notwendige kulturelle Kapital besitzen.⁷¹In Wien existiert ein entsprechendes Angebot der Stadt, das armutsbedrohten Menschen dabei helfen soll, Energiekosten besser bewältigen zu können. Neben finanzieller Beratung bietet die Stadt Beratungstätigkeiten an, um benachteiligte Mieter:innen zu unterstützen.⁷²

⁷¹ Stefan *Krümmel*, Ingrid *Breckner*, Aspekte sozialer Ungleichheit in energieeffizienten Gebäuden. Das Beispiel IBA Hamburg 2013. In: *Großmann, Schaffrin, Smigiel* ((Hg.), Energie und soziale Ungleichheit, 564.

⁷² Andreas *Desch*, Leistbarkeit im sozialen Wohnbau (ungedr. Diplomarbeit TU Wien 2017) 59.

8. Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Stadt Wien offenkundig bemüht ist soziale Inklusion zu fördern. In allen, von mir untersuchten, Bereichen lassen sich Maßnahmen und Angebote finden, die dem Ziel der sozialen Inklusion dienen und zu mehr sozioökonomischer Gerechtigkeit und Ausgeglichenheit beitragen sollen. Besonders im Bereich der Digitalisierung ist es der Bundeshauptstadt ein Anliegen den zeitgenössischen Transformationsprozess zu nutzen, um ausgegrenzte und benachteiligte Bevölkerungsgruppen mehr in den gesellschaftlichen Alltag zu integrieren. Im Bereich der Partizipation finden sich ausreichend Angebote, die es den Bürgerinnen ermöglichen an politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Gewisse Barrieren und Potenziale lassen sich jedoch im Zusammenhang mit partizipativen Bestrebungen finden. Besonders die vermehrte Einbindung von Frauen in politische Entscheidungsprozesse scheint noch problematisch.

In puncto Mobilität muss der Stadt Wien ein hervorragendes Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln attestiert werden, das für beinahe alle Bürger:innen, unabhängig von ihrem Heimatbezirk, niederschwellige Erreichbarkeitsverhältnisse ermöglicht. Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass vermehrt in sozioökonomisch benachteiligten Bezirken und Grätzeln mitunter kleine Lücken im öffentlichen Verkehrsnetz vorzufinden sind. Die radiale Ausdehnung des U-Bahnnetzes versucht dem Ganzen allerdings entgegenzuwirken und die Zukunft wird zeigen, wie gut diese Maßnahmen greifen. Die Wohnsituation in der österreichischen Hauptstadt ist für zeitgenössische Verhältnisse noch in einem leistbaren und fairen Ausmaß. Der soziale Wohnbau ermöglicht es eindeutig auch einkommensschwächeren und benachteiligten Personen, sich ein Leben in der Stadt aufzubauen. Die räumliche Verteilung der Gemeindebauten könnte tendenziell etwas ausgeglichener ausgestaltet sein, wenngleich das mitunter einfach dem natürlichen Wachstum einer Stadt geschuldet sein mag.

Summa summarum trägt das Smart-City-Konzept der Stadt Wien dazu bei, die Stadt sozial gerechter und inklusiver zu gestalten. Verbesserungspotentiale lassen sich auf jeden Fall finden, obwohl der Status Quo keineswegs ein lückenhafter und problematischer Zustand ist.

Ausblick

In der Zukunft wäre es noch spannend die Fragen zu beantworten, inwieweit das Gesundheits- und Bildungssystem der Stadt Wien inklusiv ausgelegt ist. Diese beiden infrastrukturellen Bereiche sind bis dato in vielen europäischen Ländern von sozialen Exklusionsmechanismen betroffen, die ungleiche Machtverhältnisse erhalten oder sogar fördern. Nachdem die

Rahmenstrategie der Stadt Wien bis 2050 ausgelegt ist, bedarf es einer konsequenten Beobachtung und laufender Evaluierungen.

Ich würde mich damit zwar weit von meiner Studienrichtung wegbewegen, aber eine empirische Studie zur Wahrnehmung der sozialen Inklusionsmechanismen in Wien wäre äußerst spannend und würde vermutlich noch eine stärkere Aussagekraft darüber haben, wie sehr sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen unterstützt und integriert fühlen.

Literaturliste:

Zaheer *Allam*, Peter *Newman*, Redefining the Smart City. Culture, Metabolism and Governance. (Perth 2018).

Helmut *Augustin*, Birgit *Binder*, Räumliche Zusammenhänge von baulicher Dichte und öffentlichem Verkehr Wien. (Wien 2006) 2f., online unter <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008051.html> (31.08.2021).

Mike *Barlow*, Cornelia *Levy-Benecheton*, Smart Cities, Smart Future. Showcasing Tomorrow (Hoboken 2019).

Sybille *Bauriedl*, Anke *Strüiver* (Hg.), Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten (Bielefeld 2018).

Nina *Berding*, Wolf-D. *Bukow*, Karin *Cudak* (Hg.), Die kompakte Stadt der Zukunft Auf dem Weg zu einer inklusiven und nachhaltigen Stadtgesellschaft (Wiesbaden 2018).

Till *Bieg*, Isabel *Schwaninger*, Cornelia *Gerdenitsch*, Markus *Garschall*, Christopher *Frauenberger*, WAALTeR. Aktives Altern findet Stadt. D5-3 Evaluierungsbericht (Wien 2020).

Karl *Czasny*, Johannes *Gielge*, Verkehrsmittelwahl der WienerInnen. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung (Beiträge zur Stadtentwicklung H16), online unter, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008054.html> (5.9.2021)

Albert *Denk*, Globale Städte und nachhaltige Entwicklungsziele. Wie werden aus Orten der Entkoppelung und der Ausbeutung Orte der sozialen Inklusion?. In: Momentum. Zeitschrift für sozialen Fortschritt Vol. 8/1 (2019).

Andreas *Desch*, Leistbarkeit im sozialen Wohnbau (ungedr. Diplomarbeit TU Wien 2017).

Rudolf *Giffinger*, Smart City. Ein Konzept für nachhaltige Stadtentwicklung? In: Katharina *Hammer* (Hg.) Wien wächst. Smart City (Wien 2016), online unter <https://repositum.tuwien.at/bitstream/20.500.12708/221/2/Giffinger%20Rudolf%20-%202016%20-%20Smart%20City%20ein%20Konzept%20fuer%20sozial%20nachhaltige...pdf> (2.9.2021).

Katrin *Großmann*, André *Schaffrin*, Christian *Smigiel* ((Hg.), Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa (Wiesbaden 2017).

Evelyn *Hacker*, Bernhard *Hoser*, Corinna *Mayerl*, Wohnqualität und soziale Gerechtigkeit in Wien. Wohnqualität und BewohnerInnenstrukturen im Zeitvergleich 1995 – 2013. Endbericht (Wien 2014).

Roland *Heuermann*, Matthias *Tomenendal*, Christian *Bressen* (Hg.) Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden. IT-Organisation, Management und Empfehlungen (Berlin 2018).

Theresa *Hilse-Carstensen*, Sandra *Meusel*, Germa *Zimmermann* (Hrsg.), Freiwilliges Engagement und soziale Inklusion. Perspektiven zweier gesellschaftlicher Phänomene in Wissenschaft und Praxis (Wiesbaden 2019).

Karin *Hiltgartner*, Michael *Leiner*, Analyse von Barrierefreiheit und Nutzungsqualitäten sowie deren Anwendung in Wien. In: REAL CORP 2018 Proceedings/Tagungsband (Wien 2018).

Andrew *Karvonen*, Frederico *Cugurullo*, Frederico *Caprotti* (Hg.), Inside Smart Cities. Politics and Urban Innovation (Oxon/New York 2019).

Steffen *Lange*, Tilman *Santarius*, Smarte Grüne Welt?. Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit (München 2018).

Gottfried *Liedl*, Ökologiegeschichte. Ein Reader zum interdisziplinären Gebrauch (Wien 2021).

MA 21, Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung (Wien 2016).

Katharina *Mader*, Demokratisierung des Budgetprozesses und Gender Budgeting. Exemplifiziert am Wiener Budgetprozess. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (2009) H1, 53f., online unter: <https://doi.org/10.25595/1600> (2.9.2021).

Magistrat der Stadt Wien, Smart City Wien. Rahmenstrategie 2019–2050. Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung (Wien 2019)

Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Monitoringbericht 2017. Smart City Wien Rahmenstrategie (Wien 2018).

Matthias *Oltay*, E-Partizipation in der Stadtentwicklung. Maßnahmen für kooperative Beteiligungsintensität in elektronischen BürgerInnenbeteiligungsverfahren auf Basis der E-Signatur (ungedr. Masterarbeit TU Wien 2018).

Michael *Noak*, Inklusive Quartiere. Optionen intermediären Quartiermanagements zur Gestaltung des demographischen Wandels. In: Nina Berding, Wolf-D. Bukow, Karin Cudak (Hg.), Die kompakte Stadt der Zukunft Auf dem Weg zu einer inklusiven und nachhaltigen Stadtgesellschaft (Wiesbaden 2018).

Elisabeth *Oberzaucher*, Homo urbanus, Ein evolutionsbiologischer Blick in die Zukunft der Städte (Berlin 2017).

Claude *Rochet*, Smart Cities. Reality or Fiction (London/Hoboken 2018).

Hashemi *Schifteh*, Clara *Moder*, Digitalisierung inklusiv gestalten. Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter. In: Die Armutskonferenz et al. (Hg.): Stimmen gegen Armut (Norderstedt 2020), online unter www.armutskonferenz.at/files/hashemi-moder_digitalisierung-inklusivegestalten_2020.pdf (1.9.2021).

Sabrina *Schöttle*, Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit. Eine empirische Studie mit Gender Fokus (Düsseldorf 2019).

Markus *Schuster*, Irene *Steinacher*, Rupert *Tomschy*, Carsharing Wien. Evaluierung. (Wien 2015), online unter <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008470.html> (31.08.2021).

Annette Spellerberg (Hg.), Digitalisierung in ländlichen und verdichteten Räumen. (Hannover 2021), online unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-4318066> (2.9.2021).

Stadt Wien, online unter, <https://www.wien.gv.at/statistik/verkehr-wohnen/tabellen/gebaeude-eigent-bez.html> (2.9.2021).

Stadt Wien, online unter <https://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung/tabellen/religion-bez.html> (1.9.2021).

Stadt Wien, online unter, <https://www.wien.gv.at/presse/hintergrund/wohnbau> (2.9.2021).

Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik. Lohnsteuerpflichtige Einkommen nach Bezirken 2018. Frauen und Männer, online unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/arbeitsmarkt/tabellen/einkommen-gesamt-bez.html> (31.08.2021).

Statistik Austria, Bildungsstandregister 2019, online unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/bildung/tabellen/bildungsstand-bez.html> (31.08.2021).

Die Unterzeichnenden, Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik. Wissenschaftler_innen fordern Schutz der Bestandsmieten, Gemeinnützigkeit und Demokratisierung. In: *sub\urban. Zeitschrift für Kritische Stadtforschung*, 6(2/3), online unter, <https://doi.org/10.36900/suburban.v6i2/3.411> (1.9.2021).

Wien.gv.at, Wiener Bevölkerung 2021: Daten und Fakten zu Migration und Integration, online unter: <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/daten-fakten/bevoelkerung-migration.html> (31.08.2021).

Wohnberatung Wien, online unter, <https://wohnberatung-wien.at/footer/einkommenshoechstgrenzen> (2.9.2021).

Nicole Zilien, Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft (Wiesbaden 2009).